



NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder,
Familie
am 30. November 2022
Rathaus, Raum 22 (EG), Schlossplatz 6, Wiesbaden

Vorsitz :

Ingo von Seemen
(Die Linke)

Anwesende Ausschussmitglieder:

siehe Anlage 1

Ferner anwesend:

siehe Anlage 2

Tagesordnung:

siehe Anlage 3

Veröffentlichung:

siehe Anlage 4

Beginn (öffentlicher Teil): 17:02 Uhr

Ende: 18:31 Uhr

Bestandteil dieser Niederschrift sind die Drucksachenlisten zu den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und ihrer Ausschüsse mit den in der Tagesordnung aufgeführten Sitzungsvorlagen (SV) der öffentlichen und nicht-öffentlichen

Drucksachenlisten (DL Nrn. 38/22, 39/22)

Die mit der Einladung zugegangenen und die in der Sitzung verteilten Beratungsunterlagen sind der Niederschrift entsprechend den Angaben bei den einzelnen Beschlüssen bzw. Protokollnotizen beigelegt.

Die Sitzung ist gemäß § 88 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden auf Tonträger aufgezeichnet.

Zu den Redebeiträgen gilt das gesprochene Wort.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird festgestellt, dass zur Bürgerfragestunde das Wort nicht gewünscht wird.

Nach Eröffnung der Sitzung stellt der stellvertretende Vorsitzende die form- und fristgerechte Ladung gem. § 58 Hessische Gemeindeordnung (HGO) in Verbindung mit § 62 HGO sowie die Beschlussfähigkeit gem. § 53 HGO fest.

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Öffentliche Sitzung

Vorsitzender Rutten vertreten durch Stv. Winkelmann
Stv. Wagenbach vertreten durch Stv. Schilderoth

Stv. Pfeifer anwesend bis Tagesordnungspunkt 4/I
Stv. Wardak anwesend ab Tagesordnungspunkt 3/I

Die Niederschrift erfolgt in der Reihenfolge der Einladung zur Sitzung.

Tagesordnung I

0156 Tagesordnung

Der Tagesordnung wird unter Berücksichtigung folgender Änderungen zugestimmt:

Es werden die folgenden Tagesordnungspunkte der Tagesordnung II umgesetzt auf die Tagesordnung I:

- 1/II E-Roller-Problematik (22-A-79-0020), Bericht des Dezernates V vom 05.11.2022;
auf Antrag SPD

- 7/II Verordnung über den Genehmigungsvorbehalt für die Begründung von Wohnungs-
oder Teileigentum und zur Bestimmung der Gebiete mit angespannten
Wohnungsmärkten nach dem Baugesetzbuch (22-V-51-0043);
auf Antrag Bündnis 90/Die Grünen

Hierzu liegt ebenfalls ein Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD und Die Linke vor.

Die umgesetzten Punkte werden nach TOP 6/I aufgerufen.

Im Übrigen bleibt die Tagesordnung unverändert.

Einstimmig

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

0157 Genehmigung der Niederschrift über Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder und Familie am 02.11.2022

Einstimmig genehmigt

0158 Vorstellung des Konzepts zum Aufbau einer qualifizierten Antidiskriminierungsberatung nach dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz in Wiesbaden durch die Bildungsinitiative "Spiegelbild"

Protokollnotiz:

Özgür Yildirim und Andrea Gotzel von Spiegelbild sind hierzu anwesend und stellen dem Ausschuss das Konzept zum Aufbau einer qualifizierten Antidiskriminierungsberatung vor.

Die Einrichtung einer Beratungsstelle geht auf den Antrag „Demokratie schützen und bewahren“ der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen, SPD und FDP zurück. Nicht nur im Integrationskonzept wurde dies bereits vorgeschlagen, sondern in der Zivilgesellschaft bestehe schon lange die Forderung der Einrichtung einer Beratung in Antidiskriminierungsangelegenheiten.

Spiegelbild schließt damit eine Lücke im Kampf gegen Diskriminierung in Wiesbaden. Mit dem Haushaltsbeschluss des letzten Jahres wurde das vorgeschlagene Maßnahmenpaket, zu dem u. a. auch die neuen Räume von Spiegelbild gehörten, auf den Weg gebracht und es wurde eine Stelle im Rahmen von einem Vollzeitäquivalent geschaffen, die nun von zwei Fachleuten besetzt wird.

Im Anschluss an die Vorstellung erfolgt ein Austausch mit dem Ausschuss zu u. a. den Themen wie Bekanntmachung der Beratung, Zusammenarbeit mit Netzwerkpartner*innen, fachliche Einordnung und Evaluation der Bedarfe.

Stv. Prof. Dr. Hafezi schlägt vor, dass Spiegelbild dem Ausschuss Mitte/Ende des Jahres 2023 erneut berichtet, wie sich die Arbeit konkret in der Antidiskriminierungsberatung gestaltet (auch im Hinblick auf die Transparenz der gruppenbezogenen Diskriminierungsformen) und wie eine konzeptionelle Weiterentwicklung aussehen könnte.

Einstimmig (Kenntnisnahme)

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

0159 22-F-15-0020

Ist die LHW auf die Einführung des Bürgergeldes vorbereitet?
- Antrag der Fraktion FW/Pro Auto vom 23.11.2022 -

Protokollnotiz:

Stadtrat Manjura berichtet, dass der Zeitplan betr. die Einführung des Bürgergeldes (insb. Erhöhung der Regelsätze) sehr eng sei. Nichtsdestotrotz ist die Stadt dabei, mit dem Anbieter des Fachverfahrens alle Änderungen einzupflegen, damit der ganze Reformprozess Mitte Dezember vollzogen ist. Die neue Regelsätze können somit zum 01.01.2023 eingeführt und ausgezahlt werden.

Laut Kenntnisstand von Stadtrat Manjura soll der Kooperationsplan und der Wegfall des Vermittlungsvorrangs erst zum 01.07.2023 eingeführt werden.

Die Stadt begrüße diese Änderungen, denn Wiesbaden habe keine Phase der Massenarbeitslosigkeit sondern ein Fachkräftemangel. Es gilt, diese Fachkräfte individuell zu befähigen und entsprechende Anreize zu setzen. Er betont hierbei, dass die Reformen das generelle Problem nicht lösen können; es sei lediglich ein Baustein.

Am neuen Verwaltungsstandort in der Mainzer Straße 101 habe man sich derzeit und bereits in 2019/20 schon auf den Weg dahin gemacht, sich, unabhängig von gesetzlichen Änderungen, auf die Weiterbildung und Qualifizierung zu konzentrieren.

So nutze man bspw. das Bewerbungscenter im Verwaltungsstandort oder führe Beratungen mit/für die ganze Familie.

Auch bietet das Jobcenter einen Fahrsimulator für angehende Busfahrer*innen an, da auch der Mobilitätsdienstleister von einem großen Personalmangel betroffen ist.

Die geringe Anzahl erfolgreicher Umschulungen und somit die Gewinnung potenzieller Nachwuchskräfte scheitere jedoch meistens an den Einstellungskriterien (bspw. Diktat zum Nachweis der Deutschkenntnisse).

Er berichtet ferner, dass das Verhängen von Sanktionen in der Vergangenheit kaum im tatsächlichen Verwaltungshandeln vorgekommen sei.

Mit der Einführung des Bürgergeldes gehen zunächst keine personellen und finanziellen Auswirkungen einher. Die Stadt habe festgelegte Personalkennzahlen. Man evaluiere halbjährlich angesichts des Fallzahlenanstieges (besonders vor dem Hintergrund des Ukrainekrieges), ob zusätzliches Personal eingestellt werden muss.

Die erhöhten Leistungen (Regelsatz) haben keine Auswirkungen auf den kommunalen Haushalt, da diese vom Bund getragen werden.

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Auswirkungen wird die Stadt bei den Nachzahlungen der Nebenkostenabrechnungen 2023/24 im Rahmen der Angemessenheitsprüfung spüren sowie bei den Kosten der Unterkunft. Hier zahle der Bund 60%, die Kommunen 40%.

Die Lage verschärfe sich für das Sozialdezernat im Bereich des Wohngeldes. Man erwarte mit der Reform eine Verdreifachung des Antragvolumens.

Im Gegensatz zur Leistungssachbearbeitung im SGB II mit rund 200 Mitarbeitenden, hat die Abteilung Wohngeld lediglich 17 Mitarbeitende (+ Leitung). Es müsse sodann neues Personal eingestellt und entsprechend eingearbeitet werden, um die Fallzahlen bewältigen zu können.

Der Antrag ist durch Aussprache erledigt (einstimmig)

0160 22-F-69-0072

Optische Markierung von Treppenstufen
- Antrag der Fraktionen CDU, FDP und BLW/ULW/BIG vom 23.11.2022 -

Stellv. Vorsitzender von Seemen beantragt, die **Ziffer 1** des Antrags wie folgt zu ändern:

Der Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden wird gebeten,

1. mit dem Arbeitskreis der Wiesbadener Behindertenorganisationen, den Ortsbeiräten und dem Seniorenbeirat Kontakt aufzunehmen, um weitere Treppenanlagen zu identifizieren, die eine optische Markierung erfordern könnten.

In **Ziffer 2** wird beantragt, „unter Beachtung des Denkmalschutzes (...)“ zu ändern in „unter *Einbeziehung* des Denkmalschutzes (...)“.

Der Antrag wird in der geänderten Fassung einstimmig angenommen

0161 22-A-79-0003

Sachstandsbericht zur Lage der Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine

(kein neuer Sachstand)

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

0162 **22-A-79-0001**

Aktuelle Entwicklungen im Sozial-, Integrations- und Wohnbereich
(keine Wortmeldungen)

0163 **Verschiedenes**

Protokollnotiz:

Stv. Prof. Dr. Jarass greift die vorigen Ausführungen von Stadtrat Manjura betr. die fehlenden Busfahrer*innen bei ESWE-Verkehr auf und fragt, inwieweit die Stadtverordneten Einfluss auf die abzulegenden Prüfungen, wie bspw. Nachweis von Deutschkenntnissen, nehmen könnten.

Stadtrat Manjura teilt mit, dass Stadtrat Kowol um die Thematik bereits sensibilisiert sei; an die Geschäftsführung wird dies ebenfalls herangetragen.

Man stehe mit dem Mobilitätsdienstleister ohnehin wegen des 49€-Ticket und damit folglich dem reduzierten Sozialticket in engem und stetigen Austausch. Im Bereich des Jobcenters prüfe man bei den Maßnahmen, ob potenzielle Umschulungen hinzugewonnen werden können.

Das Dezernat möchte das Vorgehen zunächst evaluieren und situationsbedingt reagieren. Im Anschluss daran könnte eventuell auf landesrechtlicher Ebene geprüft werden, was bei dem Fachkräftemangel an Einflussnahme möglich ist. Stadtrat Manjura betont in diesem Zusammenhang besonders die Frage der Anerkennung von Bildungs- und Berufsabschlüssen und die lange Wartezeit der Antragsdauer für eine Einbürgerung.

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Tagesordnung II

0164 22-A-79-0020

E-Roller-Problematik
- Antrag des AK Behindertenorganisationen -
- Bericht des Dezernates V vom 05.11.2022 -

Der Bericht wird auf Antrag der SPD-Fraktion **umgesetzt** auf die Tagesordnung I.

Protokollnotiz:

Herr Mast (AK Wiesbadener Behindertenorganisationen) berichtet von seinen Erfahrungen, dass die E-Roller unerlaubterweise auf Gehwegen oder sogar auf Blindenleitsysteme, wie bspw. am Hauptbahnhof, abgestellt werden. Dies stelle für beeinträchtigte Personen ein hohes Gefährdungspotenzial dar.

Er moniert zudem die rücksichtlose Fahrweise der Nutzer und fordert von Seiten der Stadt mehr Maßnahmen zu ergreifen.

Stv. Apel kann die Ausführungen von Herrn Mast nur bekräftigen. Sie ergänzt, dass ausweislich der Antwort des Magistrats das Straßenverkehrsamt berichtet, dass es nicht die Nutzer seien, die die Roller unsachgemäß abstellen, sondern dies erst im Nachhinein geschehe.

Für sie wäre es ein erster Ansatz, dass die Anbieter nochmal ihre Überlegungen dahingehend überdenken sollen, ob die Roller denn tatsächlich technisch so ausgestattet werden müssen, damit man sie nachträglich nicht mehr wegräumen kann. Der im Magistratsbericht aufgezeigte Lösungsvorschlag zielt eigentlich darauf ab, dass ein nachträgliches Verstellen ordentlich abgestellter Roller verhindert wird. Zeitgleich verhindere es aber auch das nachträgliche Verstellen von schlecht abgestellten Rollern.

Einstimmig (**Kenntnisnahme**)

0165 22-F-63-0064

Beratungsmöglichkeiten für wohnungslose Menschen in der LHW
- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 27.07.2022 -
- Bericht des Dezernates VI vom 01.11.2022 -

Einstimmig (**Kenntnisnahme**)

Beschl. Nr. Vorlagen Nr. Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO

0166 22-V-06-0010

Verwendung anteiliger Spielbankmittel (Tronc) für den Bereich Soziales 2022

Einstimmig

0167 22-V-06-0011

Vorabfreigabe eines Anteils der Zuschüsse für 2023 im Bereich Dez. VI

Einstimmig

0168 22-V-06-0015

Vorabfreigabe von Haushaltsmitteln für das Projekt Arbeit Neu Denken

Einstimmig

0169 22-V-51-0039

Ausbau der Kinderbetreuung in Wiesbaden 48/90; Einrichtung einer Kindertagesstätte in der Helenenstraße 14-18 durch Terminal for Kids gGmbH

Einstimmig

0170 22-V-51-0043

Verordnung über den Genehmigungsvorbehalt für die Begründung von Wohnungs- oder Teileigentum und zur Bestimmung der Gebiete mit angespannten Wohnungsmärkten nach dem Baugesetzbuch

Der Bericht wird auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **umgesetzt** auf die Tagesordnung I.

Seite 9 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder, Familie am 30. November 2022

Beschl. Nr. Vorlagen Nr. Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO

Zur Sitzungsvorlage liegt ein **Antrag** der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD und Die Linke vor.

Bei Enthaltung von CDU, FDP, AfD und BLW/ULW/BIG **angenommen**

Sitzungsvorlage in der geänderten Fassung:

Bei Enthaltung von CDU, FDP und AfD **angenommen**

0171 22-V-51-0048

Veränderung der Zuständigkeit zur Finanzierung der Frühförderung und sozialen Hilfen von der LWV-Umlage auf Amt 51

Einstimmig

0172 22-V-51-0051

Freigabe der Mittel Handlungsprogramm Jugend 2023

Einstimmig

Anlagen

Wiesbaden, .12.2022

Stellv. Vorsitzender

Schriftführerin

von Seemen

Wenzel